Geldpolitik
Die Zentralbanken haben ausgezaubert

Dominanz durch Technik
Wie Grosskonzerne den Wettbewerb ausschalten

Die letzte Reise
Der Tod wird nicht mehr verdrängt

09
4 193221 519003
Ausgabe 1101 | 9 | November 2022
CHF 22.– | EUR 19,– | BTC 0,001

schweizer monat

SEIT 1921

DIE AUTORENZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

IN DIESER AUSGABE

Anke Feuchtenberger
Karl Reichmuth
Matthias Ackeret
Bernd Roeck
Gabrielle Alioth
Peter Hettich
Corina Caduff
James Bessen

Der lange Weg zum neuen Stadion

Ancillo Canepa will den demokratischen Prozessen Beine machen.

Dossier:
Die Schweiz in 20 Jahren

«Wie gestalten wir die Schweiz als Lebensraum für das 21. Jahrhundert? Die herausfordernde Gegenwart von Klimakrise über Pandemie bis zu geopolitischen Verwerfungen erinnert uns sowohl an die Verwundbarkeit unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung als auch an deren Stärke, eine gemeinsame Zukunft offen verhandeln zu können.»

Andreas R. Kirchschläger
Delegierter des Stiftungsrates der Max Schmidheiny Stiftung

Strategien zur Transformation

Wie wir Schweizer in zwanzig Jahren zusammenleben wollen. Und wie nicht.

Im ersten Gotthardtunnel manifestierte sich 1880 der junge, aufstrebende Schweizer Bundesstaat. 112 Jahre später, 1992, bewilligten die Schweizer Stimmberechtigten den Bau einer Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT). Das Projekt wurde unter hohen Kosten umgesetzt – weiter auf sich warten lässt dagegen, trotz Zusicherung, der dazugehörige Bahnausbau in Italien und Deutschland.

Wird es nun wieder mehr als 100 Jahre dauern bis zum nächsten visionären Grossvorhaben? Eigentliche Generationenprojekte wie die Energiestrategie 2050 basieren auf unrealistischen Annahmen und sorgten bisher kaum für Dynamik. Auch kleine Reformen – ein Bereich, in dem die Schweiz bisher stark war – werden immer weiter in die Zukunft verschoben. Immerhin hat man sich nun nach zwei Jahrzehnten mal wieder zu einer AHV-Reform durchgerungen.

War man sich früher einig in der Schweiz, gemeinsam ein modernes Land aufbauen zu wollen, ist die Stimmung defensiver geworden. Die Politiker, aber auch die Bürger sind ängstlicher geworden – mit dem älter werdenden Stimmvolk wurde der Drang nach Veränderung kleiner. Die Frage, wo die Schweiz in zwei Jahrzehnten stehen soll und welche Weichen man dafür wie stellen muss, bleibt aber. Kann man, muss man der Zersiedelung entgegentreten? Welche Rollen sollen der Staat und die Privatwirtschaft bei grossen Infrastrukturprojekten haben? Auch das absehbare Bevölkerungswachstum fordert politische Entscheidungen, die man fällen und umsetzen muss. Macht man das nicht, bestimmt der Zufall, wie die Schweiz 2042 aussehen wird.

Dass die Schweizer Bevölkerung auf zehn oder gar zwanzig Millionen Einwohner wachsen wird, ist nicht die Folge eines grossen Plans der Politik. Vielmehr zeugt die anhaltend grosse Zuwanderung von der ungebrochen hohen Attraktivität unseres Landes im internationalen Vergleich – eine Erfolgsgeschichte, die aber auch mit negativen Effekten versehen ist.

Wir sollten das Heft in die Hand nehmen und diskutieren, was wir wollen und was nicht, damit die Schweiz lebenswert bleibt. Und dann konkret darauf hinarbeiten. In diesem Dossier bringen wir ein paar Ideen, wie das gelingen könnte.

Eine gute Lektüre wünscht

die Redaktion

Für die Unterstützung dieses Dossiers danken wir der Max Schmidheiny Stiftung.
Redaktionell verantwortlich ist der «Schweizer Monat».

In der Stadt wird Zukunft gemacht

Städte brachten uns die Marktwirtschaft, den Wohlstand und die bürgerliche Gesellschaft. Der technologische Wandel wirft die klassische Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Umland jedoch gerade über den Haufen. Daher braucht die Stadt eine neue Identität.

von Bernd Roeck

Um die Jahresmitte 2021 lebten etwa 57 Prozent der Weltbevölkerung in Städten. Im Jahr 2030 dürfte dieser Anteil bei 60 Prozent liegen. Wahrscheinlich wird sich dieser Trend weiter verstärken. Urbanisierung hat also Zukunft, ob man das nun will oder nicht. Vergleiche zeigen ein wichtiges Faktum: Weite Regionen des Globus kannten bis an die Schwelle der Moderne kaum Urbanisierung. Um 1600 gab es in ganz Afrika kaum mehr als 30 Städte, deren Einwohnerzahl 20 000 erreichte. Ausnahmen finden sich vor allem an den Küsten.

Aber auch in Europa waren Städte, die mehr als ein paar tausend Einwohner zählten, die grosse Ausnahme. Zürich brachte es im 17. Jahrhundert auf 10 000 bis 13 000; 1836 ermittelte eine Volkszählung etwa 14 000. So ist auch der Stadtbegriff relativ. Das demografische Übergewicht Asiens spiegelt bis heute der dort gültige Stadtbegriff. In Japan zum Beispiel muss eine Stadt mindestens 50 000 Menschen zählen, in der Schweiz 10 000, in Deutschland nur 5000.

Die Faktoren, welche die Urbanisierungsintensität bestimmen, waren bis in die industrielle Zeit stets dieselben. Wichtig war die Lage – etwa am Meer oder an einem gut schiffbaren Fluss –, von der die Versorgung abhing. Weiterhin konnte das Vorhandensein von Bodenschätzen Stadtentwicklungen begünstigen. Von grösster Bedeutung war stets das Klima. Die sogenannte mittelalterliche Warmzeit zwischen dem 9. und dem 13. Jahrhundert führte zu einer Reihe von Stadtgründungen und Stadterweiterungen, da sie die Versorgungslage verbesserte.

Diese Entwicklung wurde durch die kleine Eiszeit beendet, einen globalen Temperaturumschwung, der im 14. Jahrhundert einsetzte und bis ins 19. Jahrhundert währte. Die Phase war durch lange, sehr kalte Winter und verregnete Sommer gekennzeichnet, was zeitweilig dramatische Folgen für die Versorgung der Bevölkerung hatte. Erst im industriellen Zeitalter entkamen die Städte Europas der Malthus'schen Falle, in der die verfügbaren Nahrungsressourcen der Bevölkerungszahl unüberwindliche Grenzen setzen. Eisenbahn und Dampfschiffe ermöglichten Versorgung über weite Entfernungen. Dies waren die Voraussetzungen für den demografischen *Take-off*, den die Moderne erlebte. Spätestens um die Mitte des 19. Jahrhunderts fielen in den meisten Städten die mittelalterlichen Mauern. Mit ihnen verschwanden rechtliche und kulturelle Grenzen. Wechselseitige Ressentiments aber blieben.

Unzivilisiertes Land

Sie hatten damit zu tun, dass die Stadt lange von ihrem Umland abhängig war, es nach Möglichkeit ausbeutete, zugleich aber verachtete. In vielen Texten erscheint das Land als unzivilisiert und reaktionär, als intolerant und von tiefer, naiver Frömmigkeit. Demgegenüber ist die Stadt *zivilisiert*; in dem Wort steckt schliesslich der lateinische Begriff *civis*, Bürger. Und schon die antike *urbanitas* – Urbanität, Weltläufigkeit, Coolness – hat *urbs*, «Stadt», zum Kern.

Im ausgehenden Mittelalter begegneten Chronisten und Literaten aus der städtischen Welt dem Land mit Verachtung und Spott. Ein Beispiel bieten die Invektiven des Zürcher Klerikers Felix Hemmerli in seinem 1451 niedergeschriebenen Dialog «Adel und Bauerntum». Gemäss ihm sind Bauern unfrei, sie machen Lärm, haben Sex mit ihrem Vieh und sind plumpe Kretins. Der uralte Gegensatz zwischen städtischer und ländlicher Mentalität zeigt sich bis heute im Wahl- und Abstimmungsverhalten.

Die Klagen über den Verlust von Natur und Schädigung der Umwelt lassen leicht übersehen, welch positive Bedeutung Städte in der Weltgeschichte hatten. Insbesondere sind sie Faktoren in einem Vorgang, der als *Great Divergence* bekannt ist: der wachsenden Kluft zwischen dem Westen und dem Rest, was Technologie, Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch militärische Stärke anbelangt. Im Weltvergleich ergibt sich ein skandalös klingender Befund: Alle wirklich wichtigen Innovationen und wissenschaftlichen Paradigmenwechsel zwischen dem 13. und dem 19. Jahrhundert gelangen Männern weisser Hautfarbe und christlichen Glaubens.

Ohne städtische Kulturen, die als Konsequenz wachsender Arbeitsteilung entstanden, wären die Verschriftlichung ökonomischer Prozesse, Bankwesen, Wechsel, doppelte Buchführung und andere Elemente kapitalistischen Wirtschaftens undenkbar gewesen. In einem städtischen Umfeld wurde der Buchdruck mit beweglichen

Lettern und Spindelpresse erfunden. Hier und nur hier fanden Bücher und andere Druckwerke ihren Markt. Städtische Gesellschaften waren Wiege der modernen Kommunikationsgesellschaft. Sie boten Bildung und Wissenschaft Räume. Ein Grund für die Rückständigkeit Afrikas, was die Entwicklung neuer Technologien – und damit «Promethean Growth» (Deepak Lal) – anbelangt, liegt ohne Zweifel in der ausgefallenen Urbanisierung weiter Teile des Kontinents.

Verstädterungsprozesse spiegeln eine Besonderheit der europäischen Geschichte, nämlich die Genese des Bürgertums als sozialer Schicht mit seinen kulturellen Ambitionen und Bildungsinteressen. Positiv wirkte sich aus, dass es im Westen aus verschiedenen Gründen bei moderaten Urbanisierungsprozessen blieb – anders als in Asien, wo sich bereits im frühen Mittelalter Millionenmetropolen formten. Hier überschattete die Herausforderung, Menschenmassen zu ernähren, alles andere und begünstigte die Genese autoritärer Herrschaftssysteme. Die bürgerlichen Mittelschichten des Westens waren bis an die Schwelle der Moderne einzigartig. In ihrem Ambiente blühten die Tugenden der Kritik und des Zweifels, fand der Machtanspruch der Religion seine Grenzen. Die liberale Demokratie westlichen Zuschnitts kommt aus den Städten, ebenso ihre Theorie.

Ein Blick auf die Schweiz zeigt die Dimension der grossen Divergenz. Was Patentanträge pro Kopf anbelangt, liegt die Schweiz in Europa mit grossem Abstand an der Spitze. Schweizer oder mit der Schweiz eng verbundene Wissenschafter errangen bisher 24 Nobelpreise in den Disziplinen Medizin, Chemie und Physik; die gesamte islamische Welt mit ihrer über zwei Milliarden zählenden Bevölkerung nur deren zwei. Die Gründe dafür sind dieselben, die Erfolge des Westens auch anderswo ermöglichten – unter anderem sind es neben Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität Offenheit für den Austausch mit anderen, Toleranz und Belohnung für kreative Leistungen. Die Sonderstellung der Schweiz dürfte nicht zuletzt damit zu tun haben, dass hier keine Megametropole dominiert, sondern vielmehr kleinere Zentren miteinander konkurrieren. Damit stehen auch deren Bildungseinrichtungen, darunter die Universitäten, in Wettbewerb. Und Konkurrenz ist gut für Innovationen.

«Ein Grund für die Rückständigkeit Afrikas, was die Entwicklung neuer Technologien anbelangt, liegt ohne Zweifel in der ausgefallenen Urbanisierung weiter Teile des Kontinents.»

Bernd Roeck

Allerdings verlieren die Städte allmählich ihre alten Zentren und damit ein Stück weit ihre Identität. Auch die Unterschiede zwischen Stadt und Land nivellieren sich. Ungeachtet aller Versuche, der Verstädterung des Landes Einhalt zu gebieten, wird sich diese Entwicklung fortsetzen. Im Zeitalter des Internets ist der Ort, an dem man arbeitet, wenigstens für bestimmte Berufe nicht mehr so wichtig wie früher; die Pandemie hat die Vorteile von *Home offices* schlagend demonstriert.

Erosion des Bürgertums

Die Verödung unserer Innenstädte ist die Folge, wenngleich natürlich nur *ein* Aspekt der eskalierenden Moderne. Das Internet steigert zudem durch die Überfülle an Informationen, die es bietet, die Unübersichtlichkeit der Verhältnisse und hat so Anteil daran, dass sich Menschen nach einfachen Lösungen sehnen, Populismen verfallen und sich von neuem Autoritarismus faszinieren lassen. Damit korrespondiert ein soziologischer Trend, dessen Folgen gegenwärtig nicht absehbar sind: die Erosion der alten sozialen Formationen des Bürgertums.

Und die Zukunft unserer Städte? Es ist absehbar, dass Denkmalschutz und überhaupt die Pflege des überkommenen architektonischen Erbes in der Zukunft noch wichtiger werden, als sie es bisher schon waren. Veranstaltungen aller Art, etwa historische Feste, sind Versuche, verlorene Identitäten zurückzugewinnen. Wo immer möglich, holen wir zudem Natur – jene Natur, die einst chaotisch, bedrohlich und voller Dämonen war – in die Städte, setzen zum Beispiel auf *Vertical Greening*, während der alte Traum von Arkadien verweht. An Visionen mangelt es nicht. Ob sie erfüllt werden können, ist offener denn je. ‹

Bernd Roeck

ist emeritierter Professor für Allgemeine und Schweizer Geschichte der Neueren und Neuesten Zeit an der Universität Zürich. Zuletzt von ihm erschienen: «Der Morgen der Welt: Geschichte der Renaissance» (München: C. H. Beck, 2020).

Land der Verhinderer

Die ausgeprägte Mitbestimmungskultur in der Schweiz geht so weit, dass einzelne Bürger mit willkürlichen Einsprachen bereits legitimierte Projekte blockieren können. Es ist an der Zeit, die Verfahren zu beschleunigen.

von Ancillo Canepa

Im demokratischsten Land der Welt bewegt sich grundsätzlich jeder, der sich öffentlich kritisch zu den Themen «Demokratie» oder «Bürgerrechte» äussert, auf sehr dünnem Eis. Denn Mitbestimmungsrechte sind sakrosankt, auch wenn die Schweiz im 21. Jahrhundert in vielerlei Hinsicht nicht mehr vergleichbar ist mit jener der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als das Fundament dieser Staatsform gelegt wurde. Mit dem Bevölkerungswachstum und dem technischen Fortschritt ist auch die Komplexität angewachsen. Der Investitions- und Innovationsprozess ist dabei nicht ganz mitgekommen, er ist schwerfällig und hürdenreich geworden. Der FC Zürich hat dies beim Projekt eines neuen Fussballstadions erfahren müssen.

Sisyphusabstimmung zum Stadionprojekt

Im November 2018 stimmte das Zürcher Stimmvolk bereits zum dritten Mal über den Bau eines echten Fussballstadions für den FC Zürich und den Grasshopper Club ab. Obwohl das Stadion privat finanziert wird, musste das Volk den Bau absegnen. Der Grund: Es ist die Stadt, die das Grundstück zur Verfügung stellt. Wobei angemerkt sei, dass die Stadt im Jahr 2010 ihren Landanteil von der Credit Suisse nur unter der Bedingung erwerben durfte, dass dort auch tatsächlich ein Fussballstadion gebaut wird. Rund 54 Prozent der Stimmbürger hiessen den Stadionneubau gut.

Trotz klarem Rats- und Volksmehr ergriff eine Handvoll Gegner das Referendum gegen den Gestaltungsplan. Sie behaupteten wider alle verfügbaren Fakten, dass das Projekt zu wenig ökologisch sei. So kam es zu einer weiteren Abstimmung, deren Termin aufgrund von Corona mehrmals verschoben wurde. Am 27. September 2020 fand dann endlich die finale Abstimmung statt, fürs Zürcher Stimmvolk bereits die vierte. Diesmal waren es rund 60 Prozent, die dem Stadionprojekt zustimmten.

Nach diesem weiteren glasklaren Verdikt des Stimmvolkes reichten zwei einzelne Stadiongegner Stimmrechtsbeschwerden ein. Eine der Begründungen: In der Abstimmungszeitung sei nicht erwähnt worden, dass im Rahmen der Gesamtüberbauung auch ein Schulhaus integriert werden solle. Fakt ist, dass die Idee der Integration von Schulräumen erst später, also nach der Abstimmung, entstanden ist. Das Bezirksgericht wie auch das Verwaltungsgericht wiesen die Beschwerden klar und deutlich zurück.

Doch damit immer noch nicht genug. Die Stadiongegner akzeptierten den Entscheid des Verwaltungsgerichtes nicht und gelangten ans Bundesgericht. Der Bezirksrat, der den Entscheid getroffen hat, habe nur aus vier statt wie formell vorgesehen aus fünf Mitgliedern bestanden. Also ging das Geschäft wieder zurück an den Bezirksrat, wo es noch einmal behandelt werden musste. Heraus kam das gleiche Ergebnis, nämlich die einstimmige Ablehnung der Beschwerden.

Doch selbst ein vom Volk demokratisch gefällter und vom Verwaltungsgericht zweimal bestätigter Entscheid reichte den Stadiongegnern nicht aus, um die Durchführung des Projekts endlich zu akzeptieren. Sie zogen das Urteil des Verwaltungsgerichtes doch tatsächlich nochmals ans Bundesgericht weiter. Das Bundesgericht seinerseits brauchte dann wieder rund eineinhalb Jahre, um diese banalen und aussichtslosen Einsprachen zu behandeln. Natürlich wurden die Beschwerden im Juli 2022 dann auch vom Bundesgericht abgewiesen. Von der Abstimmung im November 2018 bis zum Zeitpunkt, ab dem der eigentliche Planungs- und Realisationsprozess überhaupt hätte begin-

«Eine lebhafte und dynamische Stadt muss visionären und mutigen Bauprojekten einen Platz bieten können.»

Ancillo Canepa

Ancillo Canepa. Bild: Imago Images.

nen können, dauerte es somit sage und schreibe dreieinhalb Jahre.

Schaden im zweistelligen Millionenbereich

Wer nun aber glaubt, das Projekt könne nun endlich zügig realisiert werden, täuscht sich. Die eigentlichen Hürden aufgrund der Rechtsnormen ergeben sich erst jetzt: Gegen den Gestaltungsplan wie auch gegen die Baubewilligung können wieder Einsprachen erhoben werden, die wiederum durch drei gerichtliche Instanzen gezogen werden können. Das bedeutet, dass der Baubeginn um weitere 4 bis 5 Jahre verzögert werden kann. Realistischerweise wird das Stadion erst im Jahre 2029 bezugsbereit sein. Das wären 11 Jahre von der Abstimmung im November 2018 bis zum Stadionbezug. Seit der ersten Stadionabstimmung im September 2003 wären dann sogar unfassbare 26 Jahre vergangen.

Von den Auswirkungen dieser unsäglichen Entwicklung ist der FC Zürich direkt betroffen. Die Herrenmannschaft – als amtierender Schweizer Meister eigentlich das Aushängeschild der Stadt auf dem internationalen Parkett – musste zwei ihrer Europacup-Heimspiele auswärts in St. Gallen austragen. Dies aufgrund von Terminkollisionen, da im Letzigrundstadion auch Konzerte und Leichtathletikmeetings durchgeführt werden. Weil die Zuschauerkapazität im St. Galler Kybunpark um einige Tausend Plätze tiefer ist als im Letzigrund, beschert das dem Verein einen Einnahmenausfall von Hunderttausenden von Franken. Beim Spiel gegen den englischen Spitzenklub Arsenal London wäre mit einem vollen Letzigrund zu rechnen gewesen.

Wäre das Stadion wie ursprünglich geplant erstellt worden, hätten alle diese Spiele bereits im eigenen Fussballstadion ausgetragen werden können. Auch die FCZ-Frauen, die sich dieses Jahr zum ersten Mal für die Gruppenphase der Champions League qualifiziert haben, müssen aktuell sämtliche Heimspiele in Schaffhausen austragen, weil im Zürcher Letzigrund Terminkollisionen unvermeidbar gewesen wären. Alles in allem belaufen sich die zusätzlichen Kosten für Stadionmiete, Sicherheitskosten und Logistik für den FCZ in dieser Saison somit auf einen siebenstelligen Betrag.

Der finanzielle Schaden durch die Verzögerung des Stadionbaus ist für den Generalunternehmer wie auch für die beiden Vereine enorm und bewegt sich im zweistelligen Millionenbereich. Darüber hinaus wird auch der im Rahmen des Gesamtprojektes geplante Bau von 174 gemeinnützigen Wohnungen sowie von 125 Genossenschaftswohnungen verzögert.

Kampf gegen Willkür und Zwängerei

Dass einige wenige Rekurrenten mit partikulären Interessen oder aus reiner Willkür mit aussichtslosen Einsprachen wichtige Projekte in die Länge ziehen oder gar verhindern können, ist für die Betroffenen hochgradig ärgerlich. Mit legitimen Bürgerrechten oder einem gemeinsam geteilten Verständnis von Demokratie hat das aus meiner Sicht wenig bis nichts zu tun. Der Reformbedarf ist offensichtlich: Die langwierigen Entscheidungsprozesse durch alle möglichen Instanzen müssen verkürzt und mit Fristbegrenzungen auf ein normales Mass reduziert werden. Die Möglichkeit für Einsprachen sollte ausschliesslich Direktbetroffenen offenstehen.

> **«Gewinnen Verzögerer und Blockierer überhand, büsst der Wirtschaftsstandort unvermeidlich an Attraktivität ein.»**
>
> **Ancillo Canepa**

Ein kommunales Referendum in der Stadt Zürich kann heute mit gerade mal 2000 Unterschriften verlangt werden. Bei einer Einwohnerzahl von aktuell 450 000 ist das ein 225stel. Zum Vergleich: Für ein Referendum auf nationaler Ebene braucht es 50 000 Unterschriften bei 8,8 Millionen Einwohnern, was einem Faktor von 176 entspricht. Die Hürden für Referenden sind also zu tief.

Dringend berücksichtigt werden sollte auch die demografische Entwicklung: Die Schweiz steuert auf 10 Millionen Einwohner zu. Gerade in der Stadt Zürich ist das Wachstum deutlich zu spüren: Gemäss einer Prognose des Präsidialdepartements werden 2040 rund 514 000 Personen ihren Wohnort in der Stadt haben.[1] Bei einem solchen Bevölkerungswachstum wäre es blauäugig, die starren Unterschriftsvorgaben nicht zum Diskussionsgegenstand zu machen.

Zudem sollten die Einsprachemöglichkeiten bei bereits vom Volk genehmigten Projekten eingeschränkt werden. Das Gleiche gilt für Projekte, die von den Legislativbehörden geprüft und genehmigt worden sind. Auch Einsprachelustige haben den demokratischen Prozess sowie die Entscheide der gerichtlichen Kontrollinstanzen zu respektieren. Bei den Stadionabstimmungen war das offensichtlich nicht der Fall: Sowohl der Schiedsrichter als auch der Videoassistent, um es fussballterminologisch auszudrücken, hatten ihr Urteil gefällt – und dennoch wurden die Entscheide mehrfach angefochten. Heute können sich Gegner von ambitionierten Bauprojekten wieder und wie-

der bereits legitimierten Urteilen widersetzen und mit der Lupe nach Argumenten suchen, um die nächste Sau durchs Dorf zu treiben. Dies unterminiert das Wesen der Demokratie und stellt die Entscheidungskompetenz des Stimmvolks grundsätzlich in Frage. Bei willkürlichen und ohnehin aussichtslosen Einsprachen sollte den Betroffenen zudem Anspruch auf Schadenersatz eingeräumt werden – ein Abschreckungsmechanismus, damit nicht nur eine Seite etwas zu verlieren hat.

Die Schweiz, die sich selber gerne als Pionierin rühmt, klemmt mit ihren tiefen Blockadehürden zunehmend den Innovationsgeist ab. Eine lebhafte und dynamische Stadt muss visionären und mutigen Bauprojekten einen Platz bieten können. Gewinnen Verzögerer und Blockierer überhand, büsst der Wirtschaftsstandort unvermeidlich an Attraktivität ein. Das gilt für Zürich, aber auch für andere Schweizer Städte. Die Schweiz muss aufpassen, dass sie nicht im Abseits stehenbleibt.

Mir ist bewusst, dass einige der oben genannten Forderungen kaum mehrheitsfähig und deshalb unrealistisch sind. Der Kampf gegen Willkür und politische Zwängerei muss trotzdem an die Hand genommen werden. Ausgebaute Volksrechte sollen nicht zum Instrument der ständigen Verhinderung werden. ❮

[1] www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/ueber_das_departement/medien/medienmitteilungen/2021/november/211130a.html

Ancillo Canepa
ist Präsident des FC Zürich und engagiert sich an vorderster Front für den Bau eines neuen Fussballstadions in der Stadt Zürich.

Zahl des Monats

78

Prozent der Schweizer wird mindestens eine «grundlegende digitale Kompetenz» gemäss Umfragedaten von Eurostat aus dem Jahr 2021 attestiert. Damit liegt die Schweiz deutlich über dem EU-Durchschnitt von 54 Prozent. Insgesamt wurden Personen in 36 Ländern befragt und die Schweiz liegt nur hinter Island (81), den Niederlanden, Finnland und Norwegen (alle 79 Prozent). In den grossen Ländern der EU ist der Anteil der Bevölkerung, der mindestens über grundlegende Kompetenzen für ein erfolgreiches digitales Leben verfügt, deutlich geringer: Spanien 64, Frankreich 62, Deutschland 49 und Italien 46 Prozent.

Die in der Umfrage erfassten Kompetenzen decken ein breites Feld ab. Sie umfassen den Umgang mit Daten und Informationen, die Kommunikation und Kollaboration, die Erstellung von Inhalten, den Schutz der eigenen Geräte und Daten sowie die Lösung von analogen und digitalen Problemen mit digitalen Mitteln. Eine grundlegende digitale Kompetenz liegt also noch nicht vor, wenn jemand erfolgreich Google nutzt und Netflix-Serien schaut. Die deutlichen Unterschiede zeigen auch die Werte für Personen im Alter zwischen 25 und 54: Die Anteile der grundlegend digital Kompetenten sind in allen Ländern ein paar Prozentpunkte höher, während sich in etwa die gleichen Abstände zwischen den Ländern zeigen.

Die Schweizer sind digital relativ fit. Die Adaption neuer digitaler Werkzeuge fällt ihnen entsprechend leichter. Aber auch sie würden von Digitalisierungsfortschritten ihrer europäischen Nachbarn profitieren, die nicht gerade zu den digitalen Schwergewichten gehören. Länder, deren Bevölkerungen in weiten Teilen in der digitalen Welt noch nicht angekommen sind, werden sich auf mittlere Frist auch weiterhin mit der Digitalisierung schwertun. Allen voran sollte Deutschland, das unter dem Versiegen billiger Energie aus Russland und der Belastung der Beziehung zum wichtigen Handelspartner China leidet, grosses Interesse haben, auf den digitalen Zug aufzuspringen.

Alexander Fink *ist promovierter Ökonom und lebt bei Hamburg.*

«Windkraft sehe ich weniger in der Schweiz»

Innovative Infrastrukturprojekte werden zunehmend unter privater Eigentümerschaft gebaut. Eine klare Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten mache Sinn, sagt Esther Peiner, die bei der Partners Group für den Infrastrukturbau verantwortlich ist.

Interview von Ronnie Grob

Frau Peiner, die Partners Group investiert stark in Infrastruktur. Um was für Anlagen geht es hier?
Um sehr grosse physische Assets. Im Energiebereich können das Gas- oder Stromleitungsnetze sein, im digitalen Bereich Glasfasernetze oder auf Funkverbindung basierende Datenübertragungsnetze. Es können Rechenzentren sein, welche die Verfügbarkeit und den Transport von Daten zulassen, oder Firmen, die diese Anlagen betreiben, entwickeln und aufbauen. In Europa gehört uns zum Beispiel ein sehr grosser Entwickler und Betreiber erneuerbarer Energieanlagen.

Bei Infrastruktur denken viele primär an den Staat oder staatsnahe Firmen. Die Partners Group ist aber vollständig privat.
Im Schweizer Stromnetz kontrolliert mit der Swissgrid eine Firma das Verteilnetz, die komplett im Staatsbesitz ist. Schaut man sich aber an, wer den Strom auf diesen Anlagen verteilt und versorgt, wer die Energie von A nach B liefert, kommen verschiedene internationale Firmen ins Spiel. Es gibt Anlagen mit Versorgungsauftrag, die so zentral sind, dass sie beim Staat verbleiben. Und es gibt Teilbereiche innerhalb dieser Systeme, die von privaten Firmen gebaut, betrieben und genutzt werden.

Kann man sagen, dass der Trend bei der Infrastruktur in Richtung Privatwirtschaft geht? Überall sonst scheint ja der Trend in Richtung mehr Staat zu gehen.
Wir befinden uns im Moment in einer Situation, in der sehr viele Veränderungen in puncto Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit anstehen. Für all diese Probleme Lösungsansätze zu erarbeiten und diese auch noch zu finanzieren, wäre ein zu komplexes und zu grosses Unterfangen für den Staat. Es ist deshalb wichtig, von privater Seite Impulse geben zu können, so dass Innovationen entstehen und die Effizienz sichergestellt wird. Gibt es nur einen einzigen Auftraggeber – von dem jeder weiss: Der muss es machen –, ist die Effizienz nicht sichergestellt. Ob energetisch, digital oder sozial: Bei Infrastruktur ist es wichtig, dass der Staat die Rahmenbedingungen klar setzt und sagt, wie und mit welchen Ambitionen langfristig geplant wird. Bei der Umsetzung dagegen braucht es meistens mehr Geld, als von staatlicher Seite verfügbar

«Hinter unseren Kunden, den Pensionskassen, steht das Vorsorgegeld von Menschen. Das ist ein Einsatz, mit dem wir nicht spielen wollen.»

Esther Peiner

Esther Peiner, zvg.

ist. So eröffnen sich private Investitionsmöglichkeiten, die dann auch wahrgenommen werden.

Gibt es Grenzen bei der Auswahl von Infrastrukturprojekten für Private?

Nehmen wir den Gotthardbasistunnel, ein wunderbares Infrastrukturprojekt! Ohne klare Verpflichtung und Leitung seitens des Staats kann so ein Projekt, das über Jahrzehnte entwickelt und vorbereitet wird, kaum umgesetzt werden. Was die Investitionslänge und die Sicherheit bezüglich Rahmenbedingungen angeht, übersteigen solche Jahrhundertinvestitionen die Möglichkeiten, wie sie von privater Seite abgedeckt werden können.

In den 1870er-Jahren ging das noch mit dem Gotthardtunnelbau von privater Seite. Aber das waren auch andere Zeiten, damals gab es noch nicht so viele Gesetze.

Für uns als Verwalter von Geldanlagen, die in diese Infrastrukturprojekte fliessen, konkurriert jedes Projekt A mit anderen Optionen B, C und D, in die wir auch investieren könnten. Wir müssen dabei die Szenarien verstehen und die Renditen relativ klar vorhersehen können. Schliesslich sind wir ja dafür verantwortlich, unseren Kunden eine risikoadjustierte Rendite ausschütten zu können – bei sehr langfristigen Monumentalprojekten ist diese fast unmöglich vorherzusagen. Unsere Projekte müssen abgrenzbar und analysierbar sein.

Wer ist bei einem Infrastrukturprojekt typischerweise Ihr Kunde?

Die Investoren, die bei der Partners Group in Fonds oder in Mandatsvehikel investiert sind, sind vor allem Pensionskassen und teilweise Versicherungen. Sie müssen über die nächsten zehn bis dreissig Jahre ihre Verbindlichkeiten abdecken, um die von ihnen getätigten Ausschüttungen sicherzustellen. Wer in Infrastruktur investiert, tut das oft mit wenig Risikobereitschaft; im Vordergrund stehen die Sicherheit, dass die Anlagen dann tatsächlich auch genutzt werden, und eine gewisse Preisstabilität.

Wie gehen Sie strategisch vor, wenn Sie eine Firma übernehmen?

Als Eigner liegt unser grösster Fokus auf der Strategie, die in der Schweiz ja vornehmlich seitens des Verwaltungsrats vorangetrieben wird. Dieses Modell eines kompetenten Verwaltungsrats, der die Strategieverantwortung übernimmt, ist ein grosses Plus. Denn so stellt man unternehmerisch sicher, dass sich eine breitere Gruppe damit befasst, wo man steht und wo Opportunitäten existieren, um die Firma weiterzuentwickeln.

Wechseln Sie dabei auch die Führungskräfte aus?

Ja, das kommt vor. Es ist aber nicht ein Rezept, das man überall mit reinbringt. Es geht vor allem darum, die richtige Organisationsstruktur und das richtige Führungsteam zu wählen, um sicherzustellen, dass sich die Firma in den nächsten fünf bis sieben Jahren in die gewünschte Richtung entwickeln kann.

Wie stehen Sie zu Public-Private-Partnerships? Bauen Sie lieber ohne staatliche Beteiligung oder geht's auch mit?

Es gibt einige Public-Private-Partnerships, die sehr gut strukturiert sind und funktionieren. Angesichts der stattlichen Anzahl staatlicher Interventionen, die es mittlerweile gibt, auch in bestehenden Systemen, sehen wir mehr Opportunitäten da, wo der Staat nur das Umfeld vorgibt, aber in der Privatwirtschaft die Betreibermodelle zum Tragen kommen. Dort gibt es dann jemand auf der anderen Seite, der die Energie direkt von uns abnehmen will und bereit ist, langfristig Verträge einzugehen.

Gibt es auch Infrastrukturprojekte in der Schweiz, die für die Partners Group in Frage kommen?

Im europäischen und globalen Vergleich ist die Schweiz relativ klein, unsere Investitionsvolumen dagegen relativ gross. So wird die Schweiz bei uns vielfach abgedeckt durch Firmen, die im europäischen Ausland aktiv sind. Ein Beispiel wäre der Servicepartner Techem, der Lösungen für grössere Wohnungsbaugesellschaften anbietet, um die Heizung und andere Shared Services im Haus energieeffizienter betreiben zu können. Techem ist bei uns im Portfolio, baut die Schweizer Marktpräsenz aber von Deutschland aus auf.

Welche Infrastrukturprojekte bringen eine gute Rendite?

Techem ist ein gutes Beispiel. Es ermöglicht Wohnungsbaugesellschaften, zu gleichen oder niedrigeren Kosten zu heizen und gleichzeitig den CO_2-Ausstoss deutlich nach unten zu bringen. Damit lassen sich in Zukunft wirklich gute Renditen erzielen. Ein anderes Beispiel ist unser Investment in Rechenzentren in Island und Schweden. Da sind nicht nur die Kosten niedriger, weil mit Wind, Geothermie und Wasserkraft relativ günstig Strom produziert wird, sondern es ist auch kälter als in unseren Breitengraden. So braucht es weniger Kühlung, womit weniger Energie verbraucht wird. Zum Beispiel konnte die französische Bank BNP Paribas ihren Energieverbrauch um 50 Prozent senken, als sie einen Teil der Rechenzentrumskapazität nach Island verlegte.

Die Kaufkraft nimmt ab, je höher die Inflation ist – womit sich unser Vermögen, unsere finanzielle Vorsorge nach und nach auflöst. Wie gross ist das Problem der Inflation für die Partners Group?

Für unsere Kunden ist das ein echtes Problem. Und wir versuchen es zu lösen, indem wir ihnen breitere Investitionsmöglichkeiten anbieten. In den langfristigen Verträgen,

die wir mit den Kunden abschliessen, ist die komplette inflationäre Indizierung mit drin. Der Kunde zahlt die Inflation also automatisch jeden Monat mit. Das funktioniert aber natürlich nur dann, wenn das gesamte System weiter finanzierbar bleibt. Langfristig werden auch die Privatmarktanlagen etwas weniger Rendite erwirtschaften. Das muss man aber immer im Vergleich zur Performance auf den Aktienmärkten sehen.

Mit dem steigenden Börsenkurs ist die Partners Group in den letzten Jahren zu einem Finanzriesen geworden. Und vor Finanzriesen wie Blackrock, Vanguard oder Ihnen haben die Leute auch Angst. Weil sie so viel Geld bewegen, nehmen sie massiv Einfluss. Wie gehen Sie um mit der Macht des vielen Geldes?

Hinter unseren Kunden, den Pensionskassen, steht das Vorsorgegeld von Menschen. Das ist ein Einsatz, mit dem wir nicht spielen wollen. Salopp gesagt: Wenn ich mir nicht absolut sicher sein kann, dass ich bei einem Infrastrukturprojekt zumindest das eingesetzte Kapital über 7 bis 10 Jahre beibehalten kann – selbst wenn Dinge schiefgehen –, dann mache ich es nicht. Genau deshalb prüfen wir eine Investition über viele Monate hinweg, bevor wir sie tätigen.

«Es ist unwahrscheinlich, dass eine Firma, die ihr Geld über Ölgewinnung, Ölverkauf oder Öltransport macht, in unser Portfolio einziehen wird.»

Esther Peiner

Die Wahl des Investments wird zunehmend mit ökologisch-sozialen Werten in Verbindung gebracht. Blackrock nimmt beispielsweise Ölfirmen aus den ETFs heraus. Wie handelt die Partners Group?

Es ist unwahrscheinlich, dass eine Firma, die ihr Geld über Ölgewinnung, Ölverkauf oder Öltransport macht, in unser Portfolio einziehen wird. Im Grundsatz haben wir uns in allen Fragen, die unsere Werte tangieren, einem 12-Punkte-Programm verschrieben. Darin geht es darum, wie wir unsere eigene Firma führen, wie wir den Verwaltungsauftrag in den Portfoliofirmen umsetzen, wie wir unsere Verantwortung auf der Governance- und der sozialen Seite umsetzen. Es geht aber auch um Mitarbeiterentwicklung, um Themen wie Diversity und Inklusion, die wir in unseren Firmen messen und verbessern möchten. Alle unsere Portfoliofirmen müssen einen Compliancekatalog erfüllen. Und das ist nicht verhandelbar.

Kein Business also ohne Unterschrift unter den Compliancekatalog?

Genau, der Compliancekatalog wird umgesetzt in der Geschäftsordnung der Firmen im Portfolio. Es geht hier um Dinge, von denen ich hoffe, dass sie die meisten Schweizer Firmen sowieso schon umsetzen: vernünftige Entscheidungsprozesse, klare Kontrollsysteme und eine Minimierung der Möglichkeit, dass sich Mitarbeiter in irgendeiner Form in Grauzonen bewegen.

Ganz allgemein sind wir uns wohl einig, dass die Schweiz eine gute Infrastruktur hat. Gibt es dennoch Bereiche, wo Nachholbedarf besteht?

Im Moment wird ja viel über Energieerzeugung und Versorgungssicherheit gesprochen. Bisher hat die Schweiz in den Wintermonaten auf die Importflexibilität aus dem europäischen Ausland gezählt. Sie ist gesegnet mit der wunderbaren Ressource der Wasserkraft, und ich würde mir wünschen, der Staat könnte hier mehr Anreize für weitere Projekte schaffen. Windkraft sehe ich weniger in der Schweiz. Es ist zwar gut, wenn man die Windturbinen auf die hohen Berge stellen kann. Aber nur schon, sie da hinzubekommen, kostet so viel wie die Windturbine, die in Mitteldeutschland steht. Bei der Solarenergie dagegen kann die Schweiz noch einiges an Potenzial ausschöpfen.

Oliver Stones neuer Film «Nuclear» zeigt die grossen Möglichkeiten von Minireaktoren auf, die gerade mal ein Dorf versorgen könnten, dafür aber auch nur den Raum einer Tankstelle einnehmen. Können Sie sich vorstellen, solche zu finanzieren?

Heute noch nicht, weil ich noch zu viel Unsicherheit sehe. Ich hoffe aber sehr, dass über die nächsten 10 bis 15 Jahre mehr Klarheit entsteht, was die Umsetzung angeht. Und dass es auch einige Investoren gibt, welche die Risikobereitschaft haben, sich das anzuschauen. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass Atomenergie im nachhaltigen Energiemix eine Rolle spielen wird.

Bevor ein Bauprojekt loslegen kann, wird es gerade auch in der Schweiz immer von vielen Einsprachen verzögert. Das ist demokratisch richtig, macht aber vieles schwieriger. Wie gehen Sie mit Einsprachen um?

Kommt eine Einsprache unerwartet, ist das immer eine schlechte Situation. Grundsätzlich muss man analysieren,

ob es ein echtes Problem beim Projektdesign gibt oder ob es sich lediglich um Interessen handelt, mit denen man auf die eine oder andere Weise umgehen kann.

Können Sie ein Beispiel nennen?
Zwischen England und Irland bauen wir derzeit ein Elektrizitätskabel, das die beiden Elektrizitätsmärkte miteinander verbindet. Weht der Wind auf der einen Insel und auf der anderen nicht, so kann das sinnvoll ausgeglichen werden. Dieses Projekt hat den Status einer *Common Interest Designation* bei der Europäischen Union. Das bedeutet für uns als Projektbetreiber: Wenn Einspruchsverfahren in England oder Irland über mehrere Jahre nicht zum Abschluss kommen, können wir an die jeweiligen Planungsbehörden appellieren. Diese wirken dann als Schiedsrichter und führen eine Einigung herbei.

Wie beurteilen Sie den Sabotageakt der Nord-Stream-Pipelines in der Nordsee?
Mit Cape Omega betreiben wir selbst eine Gasleitung unweit des Geschehens, wir beobachten die Situation gemeinsam mit der Polizei und dem Grenzschutz. Die Frage ist auch, was hier überhaupt gemacht werden kann – wir können ja nicht eine ständige Patrouille über die Gasleitung laufen lassen.

Wie verändert sich dadurch der Energiemarkt?
Die Realitäten des Marktes verschieben sich. So, wie ich es verstehe, wird es schwierig bis unmöglich sein, die Nord-Stream-Leitungen zu reparieren. Auch wenn sich die politischen Beziehungen wieder normalisieren sollten, sehe ich nicht, dass über diese Leitungen in den nächsten paar Jahren Gas fliessen wird.

Sehr vulnerabel sind auch die Tiefsee-Internetkabel.
Dort ist man aber flexibler. Das Gas muss ja tatsächlich als Molekül durch die Pipeline fliessen, und normalerweise gibt es auch nur eine Pipeline von A nach B. Bei der Datenübermittlung dagegen können mehrere Wege gegangen werden. Es gibt Satellitenverbindungen als Ausweichmöglichkeit, und beim internationalen Datenverkehr zwischen den USA und Europa gibt es sicherlich 30 bis 40 Kabel, über die auf verschiedenen Wegen und Umwegen Daten von A nach B transportiert werden können.

Dieses Dossier steht unter dem Thema Transformation Schweiz; wo wird, wo soll die Schweiz 2040 stehen?
Ich wünsche mir eine Schweiz, die ihre Ressourcen optimal nutzt. Dabei geht es nicht nur um die physische Infrastruktur, sondern auch darum, dass die gesamte soziale Struktur weiterhin darauf ausgelegt ist, ein sehr gutes Umfeld für Innovation, Forschung und Wissenschaft zu erzeugen. Ein grosser Anteil des Erfolges der Schweiz ist es, dass sie es sehr gut schafft, Fachkompetenzen von aussen reinzuholen und diese positiv weiterzuentwickeln – ich habe eine erfrischende Weltoffenheit erlebt hier. Erhaltenswert ist auch das Schweizer Bildungssystem, das meine drei Kinder gerade durchlaufen. Es ist nicht nur in puncto Qualität ausgezeichnet, es werden auch Werte vermittelt, was sie zu eigenständig denkenden Menschen erzieht. ❮

Esther Peiner
arbeitet für Partners Group als Co-Leiterin des Bereichs Private Infrastruktur in Europa.

Anzeige

Familie Zahner | 8467 Truttikon
052 317 19 49 | www.zahner.biz | zahner@swissworld.com

Aromatisch, mit schöner Restsüsse.

Fr. 20.–

Langenmooser
Gewürztraminer

Die 20-Millionen-Gartenschweiz

Die Schweiz hat grosses Potenzial für weiteres Wachstum. Um die im politischen System angelegte Tendenz zum gleich verteilten Siedlungsbrei zu überwinden, braucht es neue Formen – die Linie, das Rechteck und die Wolke.

von Thomas Sevcik

Die Schweiz wächst und wächst – zumindest einwohnermässig. War vor einigen Jahren noch die 10-Millionen-Schweiz ein Schreckgespenst am weiten Horizont, so wird diese Zahl in den nächsten Jahren mit Sicherheit gerissen. So ist denn auch bereits die Rede von einer potentiellen 20-Millionen-Schweiz. Wer das extrem findet, der schaue sich die Kommentare an, als die Schweiz die 6-Millionen-Marke überschritt. Von Überbevölkerung und schlimmer Verstädterung war die Rede. Vom Verlust der Eigenart des Landes.

Interessanterweise schlägt nun heute fast niemand mehr Alarm. Die «Dichtestress»-Diskussion von vor acht Jahren im Rahmen der «Masseneinwanderungsinitiative» ist fast verstummt. Die schwierige Phase des Übergangs von einer rural geprägten Schweiz mit ein paar mittelgrossen Städten zu einer stark urbanisierten Schweiz mit ein paar ruralen Regionen ist überwunden. Denn Urbanität entstand nicht nur in den Metropolregionen am Zürich- und Genfersee, sondern eben auch in kleineren Städten von Altdorf bis Sion.

De facto ein Stadtstaat

Was machen wir nun also mit dem De-facto-Stadtstaat Schweiz? Bauen wir ihn zu? Versuchen wir, ihn künstlich zu enturbanisieren, um eine entschleunigte Alpenidylle zu erhalten? Oder lassen wir das «Weiter so» zu und verfolgen, wie er zu einem schlechten Mutanten zwischen Stadt und Land wird, zu einer Art Zwischenstadt?

Die bisherigen Strategien haben gemischte Ergebnisse hervorgebracht. Das liberale Laisser-faire in Kombination mit der starken Gemeindeautonomie hat zum heutigen Olivgrün geführt: Es besteht aus grauolivem Siedlungsbrei mit eingesprengten Grünflächen und einem satten Landgrün – durchsetzt von erstaunlich vielen graubraunen Bauten und Infrastrukturanlagen.

Die in den letzten Jahren stark geforderte und gesetzlich verankerte Verdichtung nach innen hat lokal gut gewirkt: Die Siedlungen wurden kompakter, die Ränder tendenziell schärfer. Die Zersiedlung in der grossräumigen Betrachtung (etwa Mittelland, Alpenhaupttäler oder Tessin) wurde mit dem massiv gestiegenen Mobilitätsangebot nicht gestoppt. Im Gegenteil: Es entstanden viele paraurbane Gebilde, die als Dörfer zu gross, aber als Städte zu klein sind.

Diese 4000 bis 8000 Einwohner zählenden Zwischengebilde sind sozusagen eine Schweizer Spezialität. Sie sind zu gross, um ein wirkliches Dorfgefühl zu erhalten, was sehr einfach daran zu erkennen ist, dass man sich auf der Strasse nicht mehr grüsst. Und zu klein, um stabile urbane Strukturen und Angebote aufbauen zu können. Das Resultat davon ist ein S-Bahn-Anschluss in die Metropolen und mehrere hässliche Grossverteilerboxen an den Ausfallstrassen. Für beide Phänomene sind solche Zwischengebilde die ideale Marktgrösse.

Politisch zur Zersiedelung verdammt

Eine alternative Idee waren die immer wieder aufpoppenden Architektenvisionen einer Metropolschweiz: also Hongkonghochhäuser am Zürichsee, wie sie etwa das niederländische Architekturbüro MVRDV für Avenir Suisse darstellte, oder eine massive Stadterweiterung und -verdichtung in den grossen Vorortsgürteln, wie sie beispielsweise das Büro «Krokodil» für das Zürcher Glatttal oder Herzog und de Meuron für ein Grossbasel entwickelt haben. Diese Ansätze sind zwar theoretisch sinnvoll – bezüglich Energieverbrauch, Mobilitätskosten und Landschaftsschutz –, politisch wie auch gesellschaftlich jedoch kaum umsetzbar.

Derartige Megastädte würden das helvetische Kantonsgefüge durcheinanderbringen und massive Veränderungen sowohl beim Zuschnitt und der Anzahl der Kantone als auch beim politischen System generell nach sich ziehen. Ein 5-Millionen-Stadtkanton Zürich mit einem Bruttosozialprodukt von Österreich (heute hat Zürich bereits die wirtschaftliche Grösse von Ungarn!) würde sich schlichtweg weigern, nur zwei Ständeratssitze zu haben: Er würde aller Voraussicht nach aus der Schweiz austreten. Ein im Vergleich dazu praktisch unberührter Landkanton wie Jura würde seine Rechte über die Zeit verlieren.

Kurzum, die Schweiz ist aus politischen Gründen zum Siedlungsbrei verdammt. Doch auch ein Brei kann gut gemacht werden. Der strategische Koch benötigt dazu nur drei geometrische Formen: Linien, Rechtecke und Wolken.

Linien, um klarere Grenzen zwischen Siedlung und Land zu ziehen. Das wird in Zukunft einfacher sein, denn ein Ende der heute herrschenden «Bauernhof»-Struktur ist in Sicht. Mit einer Landwirtschaft, die dank ökologischer und digitaler Revolution komplett neu aufgestellt wird – inklusive Vertical Farming, Spezialproduzenten und eines Rückgangs des Fleischkonsums –, wird die Landwirtschaftsfläche neu verhandelt werden. Klarere Kanten, klarere Linien sind somit möglich. Dem zuträglich ist die bereits stattfindende Verdichtung nach innen. Die Kanten zwischen Bau- und Kulturland werden schärfer.

Die vielen Golfplätze auf ehemaligem Landwirtschaftsland sind bereits eine Vorahnung: Dieses freie Land wird zu Grossparks mit klarer Grenze. Womit wir beim Rechteck wären. Parks können aufgeforstete Grosswälder, Skiarenen, Solarpanel- und Windenergieparks sein oder Urlandschaften inklusive Bären und Wölfen. Es sind klar definierte Rechtecke mit Funktionen – und ohne Siedlungen, Kleindörfer oder früher mal gebaute Einfamilienhausnester. Eine strenge Definition von Parks erlaubt es der Schweiz besser, die Natur zu schützen, die generell unter Druck der wirtschaftlichen Interessen von Landwirtschaft, Energie und Tourismus ist.

Bleibt die Wolke. Sie steht für das Bestreben, aus den jetzt paraurbanen Zwischenstädten ausserhalb der grossen Städte städtische Gebilde mit mindestens 300 000 Einwohnern zu machen, um eine stadtwirtschaftliche und stadtkulturelle Entwicklung zu ermöglichen und damit den Druck auf die drei Schweizer Metropolen Basel, Genf-Lausanne und Zürich zu nehmen. Beispiele für solche Wolkenbildungen – genaugenommen Lückenschliessungen durch grossräumige Bebauung – sind die Lorzenebene zwischen Zug, Baar und Cham, eine «Aarestadt» aus Aarau, Suhr, Unterentfelden und Kölliken oder eine Bandstadt Sierre-Sion. Wer hier den Verlust von grüner Landschaftsfläche anprangert, war wohl noch nie in der Lorzenebene oder im Suhrental oder hat niedrige Qualitätsansprüche an das Grüne.

Einfache Regeln mit starker Wirkung

Nun ist eine Linie nicht immer ganz gerade, ein Rechteck wird nicht immer vier Ecken haben und die Wolken kommen in unterschiedlichen Grössen daher. Das macht auch nichts. Wir müssen nur eine Lösung finden zwischen der im helvetischen Modell eingebauten Tendenz zur Zersiedelung einerseits und verkopfter, weltfremder und undynamischer totaler Raumplanung andererseits. Beide Extreme werden scheitern; suchen wir also nach wenigen, einfachen Spielregeln mit grosser Wirkung. Dann wird die 20-Millionen-Schweiz auch zur schönen Gartenstadt.

So kommen wir zum eigentlichen Problem und zur potentiellen Lösung. Wie kann man souveräne, nach Steuersubstrat suchende Gemeinden in einem «Park»-Rechteck dazu bringen, keine weiteren Überbauungen oder Gewerbegebiete zuzulassen, oder eine Gemeinde in einer potentiellen Stadtwolke dazu bringen, ihr Gemeindegebiet komplett zu überbauen, wo doch alle viel Grün haben wollen? Der Aufbau von unten, das politische System, tendiert ja

Visualisierung, wie sich Carl Caspar Schell (1811–1869) die Vision «St. Europ» im Jahr 1865 für den Raum Zug vorgestellt hat. Bild: Zuger Neujahrsblatt 2015.

«Die Schweiz ist aus politischen Gründen zum Siedlungsbrei verdammt.»

Thomas Sevcik

Thomas Sevcik, fotografiert von Daniel Jung.

zur Zersiedelung: Jede Gemeinde, jeder Kanton will sich weiterentwickeln, will mehr Steuereinnahmen, mehr Einwohner. Was nun, wenn einige alle Einwohner, andere aber alles Grün bekommen sollen?

Die Lösung liegt quasi in einem riesigen, monopolyartigen Spiel, mit dem man den Gesamtwert einer zukünftigen 20-Millionen-Schweiz errechnen könnte. Es gelingt, indem man die Differenz zwischen dem Wert der 20-Millionen-Schweiz und dem Wert der heutigen 9-Millionen-Schweiz tokenisiert. Damit bekommt auch Nichtentwicklung einen Wert. Eine Gemeinde innerhalb eines Parkquadrates kann also ihre Einwohnerzahl auf null reduzieren, zum Beispiel durch Wegzug in Nachbargemeinden, und zugleich ihr Gemeindegebiet komplett aufforsten und die vielen so erhaltenen Token (grosser Wald = hoher Wert) auf ihre (ehemaligen) Einwohner verteilen.

Eine andere, innerhalb einer potentiellen Stadtwolke gelegene Gemeinde baut ihr Gemeindegebiet dagegen komplett zu und wird dabei aber nicht bestraft, weil sie die Landwirtschaft aufgibt, sondern ebenfalls belohnt. Die Token fungieren als zukünftige Renditeerwartung einer 20-Millionen-Schweiz (mit einem Bruttosozialprodukt höher als das heutige Kanada, also fast ein G7-Land) und können entsprechend gehandelt werden.

Ohne das Schweizer Politmodell gross zu ändern und ohne die historische Schweizer Siedlungskultur – bestehend aus eher mittelgrossen Metropolen und vielen kleineren und mittleren Orten – «von oben» zu verändern, kann die Schweiz ein De-facto-Stadtstaat im Look einer Gartenstadt werden. Mit 20 Millionen Einwohnern. Es braucht dazu weder Hochhäuser am Zürichsee noch einen Los-Angeles-artigen, von S-Bahnen durchzogenen Siedlungsbrei. Alles, was es neben Lineal, Rechtecken und Wolkenformen braucht, ist eine Schweiz-Wert-Berechnung der ETH und ein Token, also eine Art digitaler Fünfliber auf Basis einer Berechnung des Polytechnikums. Was für sich gesehen schon wieder sehr schweizerisch wäre. ❮

Thomas Sevcik
konstruiert oder komponiert mit arthesia in Zürich und Los Angeles seit über 20 Jahren weltweit strategische Narrative für Unternehmen, Organisationen, grosse Immobilienprojekte, ganze Städte oder Staaten.

Dichte ohne Stress

Die Schweiz dürfte bis 2040 auf zehn Millionen Einwohner wachsen. Damit sie eines der lebenswertesten Länder der Welt bleibt, müssen die Weichen jetzt gestellt werden.

von Daniel Jung

2014 haben die Schweizer Stimmbürger die SVP-Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» angenommen. Sie verlangte, dass die Schweiz ihre Zuwanderung wieder selber steuert. Bekanntermassen wurde das Anliegen nur eingeschränkt umgesetzt. Sechs Jahre später wurde dagegen die Begrenzungsinitiative abgelehnt, welche die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union beenden wollte. Es kollidiert also ein verbreitetes Unbehagen bezüglich Zuwanderung und Bevölkerungswachstums mit dem Wunsch, am EU-Binnenmarkt und am freien Personenverkehr mit der EU festzuhalten.

Bereits lange vor der Personenfreizügigkeit mit der EU, die ab 2002 eingeführt wurde, war die Schweizer Bevölkerung auf dem Wachstumspfad (siehe Grafik 1). Viele Saisonniers wanderten dauerhaft in die Schweiz ein, was das Land auch kulturell bereicherte. Zuletzt einen Rückgang der Bevölkerung gab es in den späten 1970er-Jahren infolge der Ölkrise. Damals sorgte eine Rezession dafür, dass viele ausländische Arbeitskräfte das Land wieder verliessen. Die Wirtschaft ist bis heute der stärkste Treiber der Zuwanderung.

Die Bevölkerung der Schweiz hat sich seit 1945 verdoppelt: Sie wuchs von 4,39 Millionen auf 8,77 Millionen (per 30. Juni 2022). In den letzten 20 Jahren mit Personenfreizügigkeit ist die Wohnbevölkerung um rund 21 Prozent gestiegen. Zwar gibt es in der Schweiz weiterhin auch einen Geburtenüberschuss, stärker beeinflusst wird die Entwicklung aber vom Wanderungssaldo. In den Jahren 2020 und 2021, die von der Coronapandemie geprägt waren, wuchs die Bevölkerung jeweils um rund 65 000 Personen. Auch für das Jahr 2022 zeichnet sich wieder eine deutliche Zunahme ab: Die Nettozuwanderung dürfte erneut über 60 000 Personen betragen. Ausser in Luxemburg ist die Zuwanderung in keinem anderen europäischen Land so stark wie in der Schweiz.

> «Die Wirtschaft ist bis heute der stärkste Treiber der Zuwanderung. Die Bevölkerung der Schweiz hat sich seit 1945 verdoppelt.»
>
> **Daniel Jung**

Drei Szenarien des Bundes

In den «Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone» für die Zeit bis 2050 hat das Bundesamt für Statistik (BFS) im November 2020 drei mögliche Entwicklungen skizziert. Im mittleren «Referenzszenario», das auf einer Fortsetzung der Entwicklungen der letzten Jahre beruht, steigt die Wohnbevölkerung bis 2030 auf 9,4 Millionen und liegt im Jahr 2040 erstmals über 10 Millionen. 2050 erreicht sie 10,4 Millionen (siehe Grafik 2).

Dass die Schweiz bald die 10-Millionen-Marke knacken dürfte, wurde schon vor 50 Jahren diskutiert – und damals mit dem St. Galler Professor und HSG-Rektor Francesco Kneschaurek in Verbindung gebracht, obwohl er diese Prognose selber nicht vertrat. Von 1968 bis 1973 leitete er als Beauftragter des Bundesrates die Studien zur Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft. Die «Kneschaurek-Berichte» arbeiteten bereits mit Bedingungen und Szenarien und sorgten für kontroverse Diskussionen. In seinen 1974 publizierten, umfangreichen «Perspektivstudien» rechnete Kneschaurek für die Jahrtausendwende mit 7 bis

7,1 Millionen Einwohnern – und traf damit die Realität (7,2 Millionen) erstaunlich genau.

Streitthema Zuwanderung

Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums bleibt die Frage der Zuwanderung in der Schweizer Politik ein heisses Eisen. So arbeitet die SVP an einer «Nachhaltigkeitsinitiative», die das Bevölkerungswachstum eindämmen will. Die Überschreitung vordefinierter Schwellen soll zu automatischen Konsequenzen führen: So müsste die Schweiz etwa bei Erreichen von 10 Millionen Einwohnern die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen.

Auch andernorts wird diskutiert, dass ein schnelles Bevölkerungswachstum zu Problemen führt. Die NZZ schrieb kürzlich: «Ob Lehrkräfte oder Strom: Die Ressourcen müssen auf immer mehr Köpfe verteilt werden. Auf der Autobahn, in den Schulen, in den Seebädern – überall wird es eng.»

Die Liste der Probleme, die mit dem Bevölkerungswachstum in Verbindung gebracht werden, ist lang: Kulturland wird überbaut und die Landschaft wird zersiedelt. Die hohen Immobilienpreise belasten die Budgets, städtische Wohnungen sind schwer zu finden. Die Züge sind voll und die Strassen überlastet. Spitäler und Heime müssen erweitert, die Nahrungsmittelversorgung und die Stromproduktion gesteigert werden. Es braucht mehr Trinkwasser und es entsteht mehr Müll. Zu Recht weist etwa Ökonom Reiner Eichenberger darauf hin, dass nicht das Bruttoinlandsprodukt insgesamt, sondern die Wirtschaftsleistung pro Kopf zu betrachten sei, wenn man die Wohlstandseffekte einer politischen Massnahme untersuche – und dass auch nichtmonetäre Effekte Auswirkungen auf die Lebensqualität haben können.

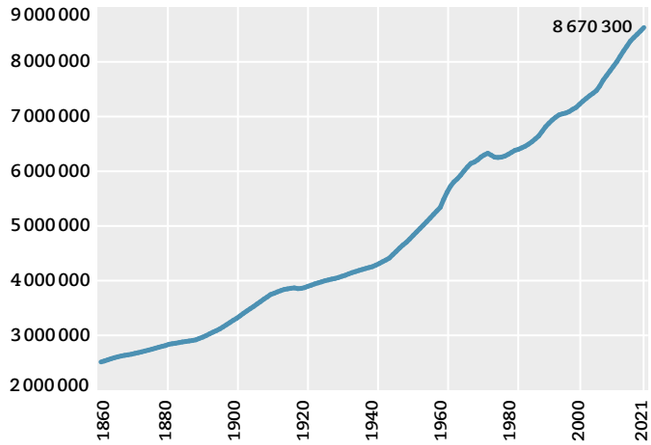
Insgesamt ist die wirtschaftliche Bilanz der letzten zwanzig Jahre mit Personenfreizügigkeit aber nicht unansehnlich. In den 1990er-Jahren wies die Schweiz im Vergleich zu den Nachbarländern ein eher tiefes Wirtschaftswachstum auf. Seit 2002 ist das BIP pro Kopf gewachsen, nicht rauschend, aber beständig, von 65 734 Franken auf 84 055 Franken im Jahr 2021, im Schnitt um 1,2 Prozent pro Jahr (siehe Grafik 3).

Zuwanderer, die aus dem Schengenraum in die Schweiz kommen, sind im Schnitt besser qualifiziert als die inländischen Erwerbstätigen. Dabei hat die Personenfreizügigkeit nicht dazu geführt, dass die Reallöhne in der Schweiz sinken.

Im September 2022 lag die Arbeitslosenquote in der Schweiz bei 1,9 Prozent – tiefer war der Wert zuletzt im Oktober 2001. Aktuell haben Schweizer Unternehmen grosse Mühe, Fachkräfte zu finden. Gesucht sind etwa Ingenieure, Ärztinnen, Lehrer und Kellnerinnen. Eine Verdrängung inländischer Arbeitskräfte durch Ausländer hat trotz hoher Zuwanderung kaum stattgefunden. Die Wirtschaft braucht weiterhin Arbeitskräfte – auch aus dem Ausland.

Grafik 1

Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz seit 1861



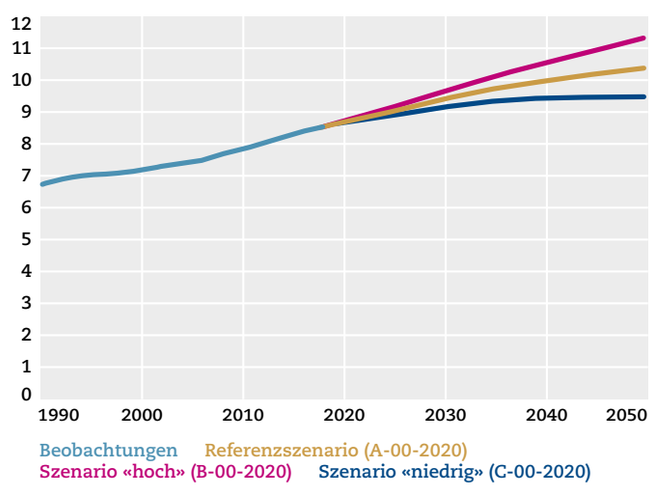
Bevölkerungsstand jeweils am 1. Januar.

Quelle: BFS

Grafik 2

Drei mögliche Szenarien für die Entwicklung der Schweizer Wohnbevölkerung bis ins Jahr 2050

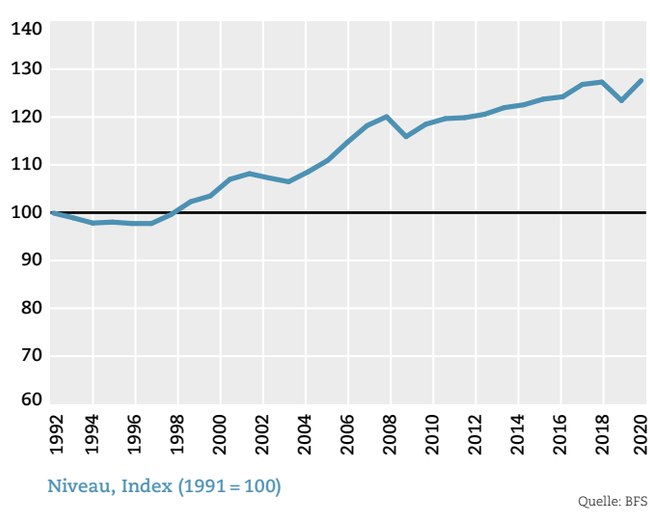
in Millionen



Quelle: BFS

Grafik 3

Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf seit 1992



Quelle: BFS

Oft ist die Dichte ein Teil der Lebensqualität: Die Fribourger Fans feiern den Sieg ihrer Mannschaft, nach dem Eishockeyspiel zwischen dem HC Fribourg Gottéron und Lausanne HC vom 15. Oktober 2022 in der BCF Arena in Fribourg. Bild: Peter Klaunzer/Keystone.

Und dennoch ist klar: Das starke Bevölkerungswachstum hat die Schweiz verändert. Sie wurde internationaler, reicher, vernetzter, aber auch lauter, teurer, enger. Damit die negativen Effekte der Zuwanderung nicht überhandnehmen, gilt es jetzt wichtige Weichen richtig zu stellen.

Es gibt mehr Verkehr

Mit einer Bevölkerungszunahme wird der Mobilitätsbedarf weiterwachsen. Kapazitätserweiterungen sowohl auf der Strasse wie auch auf der Schiene sind nötig, um eine weitere Zunahme von Staus rund um die grossen Agglomerationen zu verhindern und zu vermeiden, dass überlastete Züge zum Normalzustand werden.

Gewisse Entwicklungen erlauben es, die bestehende Infrastruktur besser auszulasten: Aufgrund von flexibleren Arbeitsorten und der Zunahme von Homeoffice kann die morgendliche Verkehrsspitze etwas gebrochen werden. Weil der Freizeitverkehr relativ zum Arbeitsweg zunimmt, kann das Verkehrsaufkommen zeitlich besser gestaffelt werden.

Im Strassenverkehr ermöglichen technische Hilfsmittel wie Tempomaten und Spurassistenten einen leicht dichteren Verkehr, ohne dass die Sicherheit leidet. Inwiefern autonome Fahrzeuge dies bald noch verstärken, ist aktuell noch unklar. Sollten selbstfahrende Taxis jedoch den Durchbruch schaffen, könnte etwa der für Parkplätze benötigte Raum reduziert werden.

Letztlich sind im Verkehrsbereich weiterhin auch grosse Infrastrukturprojekte nötig – Strassen, Tunnels, neue Gleise –, damit die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Güter auch künftig rasch, sicher und bequem ans Ziel kommen. Dabei hat auch die Strasse grosses Potenzial für neue Entwicklungen im Individualverkehr und Transport. Je weniger externe Effekte die Autos verursachen, desto schlechter lassen sich umfangreiche Subventionen für den öV rechtfertigen.

Differenz zwischen Stadt und Land

In der Raumplanung wurden in den letzten Jahren bereits einige Erfolge erzielt. Die innere Verdichtung ist an vielen Orten sichtbar, der Siedlungsraum wird vielerorts städtischer. In den Zentren entstehen höhere Häuser, in kleineren Gemeinden ersetzen moderne Mehrfamilienhäuser Einfamiliengebäude. Gemäss der letzten entsprechenden Untersuchung des BFS, der sogenannten «Arealstatistik», ist die Siedlungsfläche in der Schweiz zwar weitergewach-

sen, stärker zugenommen hat jedoch die Anzahl der «Raumnutzer». Die Schweiz wurde in den letzten Jahren tatsächlich dichter.

Eine klarere Unterscheidung zwischen dem urbanen und dem ländlichen Raum ist wichtig, weil so die prächtigen Natur- und Landwirtschaftsflächen der Schweiz erhalten werden können. Oft ist die Dichte – bessere Einkaufsmöglichkeiten, neue Treffpunkte, Begegnungen auf der Strasse – ein Teil der Lebensqualität. Auch bleibt durch eine klare Unterscheidung das weniger dichte Landleben erhalten – als wählbare Alternative zur Urbanität.

Gegen die Energiearmut

Inzwischen breit akzeptiert ist, dass die Schweiz ihre Stromproduktion in den nächsten Jahren deutlich ausbauen muss. Die Elektrifizierung von Autos, die neu verbauten Wärmepumpen, die fortschreitende Digitalisierung und das Bevölkerungswachstum verlangen nach deutlich mehr Strom als bisher. Die aktuelle Energiekrise macht dabei klar, dass ein Grossteil dieser Kapazitäten in der Schweiz aufgebaut werden muss. Dabei sollte grundsätzlich technologieoffen vorgegangen werden. Ein Zubau von Solarenergie ist durchaus sinnvoll, wenn sie mit steuerbaren Produktionsformen – etwa Atomenergie oder im Sommer erzeugtem Wasserstoff – ergänzt werden kann. Weil ein grosser Teil des Wohlstands von der Verfügbarkeit von Energie abhängt, ist der Ausbau der Kapazitäten unabdingbar.

Die Schweiz hat heute eine gute Infrastruktur vorzuweisen. Sie ist stark darin, diese zu unterhalten und an neue Bedürfnisse anzupassen. Es ist nicht notwendig, einen höheren Wolkenkratzer zu bauen als der Burj Khalifa in Dubai. Verzichten kann die Schweiz auch auf eine 170 Kilometer lange Bandstadt durch die Alpen – wie sie Saudi-Arabien mit «The Line» vorhat. Jedoch braucht die Schweiz neue Kraftwerke, starke Datenleitungen und Mobilnetze, zusätzliche Strassen, dichtere Agglomerationen, mehr Kapazität im öV und vielleicht auch ein unterirdisches Netz für den Gütertransport. Das alles liegt im Rahmen der Möglichkeiten. Es braucht vor allem Mut, die Zukunft anzupacken.

Die Demografie verändert sich

Langfristig dürfte sich die Bevölkerungsdiskussion aus demografischen Gründen in vielen westlichen Ländern tiefgreifend wandeln. In der Schweiz wird der Anteil der Personen über 65 Jahre deutlich zunehmen. Gemäss Referenzszenario des BFS werden 2050 bereits 46,5 Senioren über 65 Jahren 100 Menschen zwischen 20 und 64 gegenüberstehen, während es heute rund 31 sind.

Man muss nicht so weit gehen wie Elon Musk, der kürzlich twitterte, dass der Kollaps der Bevölkerung aufgrund niedriger Geburtenraten ein viel grösseres Risiko für die Zivilisation darstelle als die globale Erwärmung. Jedoch geht auch die UNO im Bericht «World Population Prospects 2022» davon aus, dass die Weltbevölkerung um das Jahr 2080 ihren bisherigen Höhepunkt erreichen wird mit 10,4 Milliarden Menschen.

> **«Der Kampf um kluge Köpfe und Fachkräfte dürfte sich in Europa in den nächsten Jahrzehnten verschärfen, dagegen der Druck des Bevölkerungswachstums entschärfen.»**
>
> **Daniel Jung**

Natürlich sind diese Prognosen unsicher. Jedoch dürfte sich in Europa der Kampf um kluge Köpfe und Fachkräfte in den nächsten Jahrzehnten verschärfen, dagegen der Druck des Bevölkerungswachstums entschärfen. Dass sich die Schweizer Bevölkerung nach dem Erreichen der 10 Millionen nochmals auf 20 Millionen verdoppeln wird, erscheint eher unwahrscheinlich – aber nicht unmöglich.

Denn letztlich gibt es in der Schweiz vorerst keine klar erkennbaren «Grenzen des Wachstums». Wenn sich das Land selber Regeln gibt für die weitere Entwicklung, dabei klar unterscheidet zwischen dichten, städtischen Gebieten und grünen Landschaftsräumen, dann wird die 10-Millionen-Schweiz für ihre Einwohner ein schönes Land bleiben, das Sicherheit, Wohlstand, Freiheit und die Möglichkeiten für ein erfüllendes Leben bietet. ‹

Daniel Jung
ist Redaktor dieser Zeitschrift.

Dörfler mit urbanen Vorteilen

Statt über reale und eingebildete Gräben zwischen Grossstädten und Bergdörfern zu jammern, sollten wir den Föderalismus als Chance für eine vielfältige Schweiz nutzen.

von Beat Habegger

Die Schweizer Städte boomen. Nach der Stadtflucht der 1980er- und 1990er-Jahre wachsen sie seit mehr als zwanzig Jahren. Gemäss den Bundesstatistikern leben rund 17 Prozent der Bevölkerung in den zehn grössten Städten.[1] Wer durchs Mittelland fährt – vom Bodensee an den Lac Léman –, braucht jedoch keine Statistik, um die Verstädterung des Landes zu erkennen. Wenn die Bevölkerung auf rund 10 Millionen im Jahr 2035 zunimmt, soll dieses Wachstum zu 80 Prozent in den Städten stattfinden. So will es die 80/20-Regel der Raumplanungsgesetze, um die Zersiedelung und das Zubetonieren des Landes zu verhindern. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Verstädterung der Schweiz weiter voranschreitet.

Das Dazwischen ist die Realität

Statistik ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Als in Horgen, einer Gemeinde am Zürichsee mit rund 23 000 Einwohnern, ein Parlament die Gemeindeversammlung hätte ablösen sollen, haben die Stimmberechtigten dieses Vorhaben an der Urne versenkt. Horgen sei ein Dorf, in dem man sich noch persönlich kenne und an der Gemeindeversammlung die Dinge ausdiskutiere.

Vermutlich würden die meisten Leute in Horgen ihre Gemeinde dennoch als Mischung aus städtisch und ländlich beschreiben. Diese Einschätzung teilen sie mit den meisten Schweizerinnen und Schweizern. Gemäss dem Stadt-Land-Monitor 2021 der Forschungsstelle Sotomo ordnen über 60 Prozent ihre Gemeinde auf einer Siebnerskala von «sehr ländlich» bis «sehr städtisch» auf den drei mittleren Positionen ein.[2] So richtig Land, wie es Gotthelf beschrieb und vielleicht bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts vielerorts Realität war, ist die Schweiz kaum noch. So richtig Grossstadt war sie nie und wird es wohl nie sein.

Was der Monitor aber auch zeigt: Der Sehnsuchtsort ist das Land. Viel mehr Leute sehen sich als Ländler, als es gemäss den Statistikern geben sollte. 38 Prozent wollen am liebsten auf dem Land leben und 24 Prozent könnten es sich zumindest gut vorstellen. Und kein Wohnort ist nur annähernd so unbeliebt wie die grössere Stadt. Eigentlich paradox, wenn dort das Wachstum stattfinden soll, wo bereits heute das Wohnangebot am knappsten ist.

Stadt und Land haben erkennbar mehr mit Selbstzuschreibung und individuellen Vorlieben zu tun als mit der raumplanerisch-statistisch erfassbaren Realität. Möglicherweise steht das Land im «nationalen Gedächtnis» weiterhin als Chiffre für das traditionelle, naturverbundene Leben in einer intakten Dorfgemeinschaft. Mit dem Leben in der Stadt verbindet sich hingegen die Vorstellung einer grossstädtischen Metropole, in der rund um die Uhr das Leben in allen Facetten pulsiert. Mit der Schweiz 2022 hat beides wenig zu tun.

Dennoch gibt es in der Schweiz selbstverständlich Unterschiede zwischen Stadt und Land. Bern, Basel, Genf und Zürich einerseits, das Emmental, Schwarzbubenland, Val de Travers und Tösstal andererseits lassen sich nicht über einen Leisten schlagen. Zu unterschiedlich sind diese Orte hinsichtlich ihrer Traditionen und ihrer Infrastrukturen. Genauso unterscheiden sich die Interessen, Werthaltungen und Bedürfnisse der Bevölkerung.

Faule Städter, fleissige Ländler?

Wer Stadt und Land politisch auseinanderdividieren möchte, rückt oft wirtschaftliche Argumente ins Zentrum. So beklagte etwa SVP-Präsident Marco Chiesa 2021 die «Schmarotzerpolitik» und «Privilegien der Städte», die von der Landbevölkerung bezahlt würden.[3] Von links wird gern gewettert gegen die hochsubventionierte, mit Pestiziden die Landschaft verseuchende Agrarlobby. Sobald die Argumente über den wirtschaftlichen Stadt-Land-Graben seziert werden, fallen sie jedoch in sich zusammen. So kam etwa die NZZ zum Schluss, dass sich die Regionen der Schweiz wirtschaftlich nicht auseinanderentwickelt hätten und die Klagen über das «abgehängte Land» müssig seien.[4]

Wenn eine neue Studie nun behauptet, die Grossstädte finanzierten das Land, ist das ebenfalls zu kurz gegriffen. Dass beide Zürichseeufer als «Grossstadt» gelten sollen, widerspricht offensichtlich der Wahrnehmung der allermeisten Leute. Trotz solcher Mängel sind die Schlussfolgerungen der Studie letztlich vermittelnd: «Ob Stadt oder Land unter dem Strich mehr profitiert […], lässt sich kaum beantworten. Zu komplex sind die zahlreichen Wechselwirkungen und Verflechtungen.»[5]

Wer wen füttert, mag politisch zu roten Köpfen führen. Entscheidend ist anderes: Die Infrastruktur – Verkehr, Energie, Telekommunikation – ist praktisch überall auf gleich hohem Niveau. Vielleicht gilt dies nicht bis ins hinterste Bergtal. Aber dort, wo 95 Prozent der Menschen leben, sind die Voraussetzungen für Erfolg und Wohlstand gleichermassen gegeben.

In den grossen Städten sind es die Banken, Versicherer und Dienstleister des Finanzplatzes, die Pharma- und Tech-Konzerne, die Hochschulen und staatlichen Verwaltungen mit allen Verbänden, Vereinen und Interessenorganisationen drum herum. Ländlichere Kantone und Wirtschaftsräume wiederum schaffen Rahmenbedingungen, die für eine Branche oder einen Technologiecluster besonders attraktiv sind. So entstehen überall in der Schweiz mittelständische KMU, die in ihren hochspezialisierten Nischen auf dem Weltmarkt bestehen.

Wer den Stadt-Land-Graben sucht, findet ihn am ehesten zwischen den ausgeprägt grossstädtischen Milieus und den Landregionen der Schweiz. Die globalisierte Arbeitswelt der Konzerne und die postmaterialistischen Milieus der Kultur- oder Sozialwirtschaft sind ziemlich weit entfernt vom traditionellen Leben und Wirtschaften in den Dörfern.

Diese Kluft zwischen Grossstädten und ländlichem Raum widerspiegelt sich auf der politischen Landkarte. Gemäss dem «Politischen Atlas der Schweiz» bestehen Differenzen auf der Links-rechts-Achse und auf der Achse «progressiv-konservativ» seit mindestens dreissig Jahren. Problematisch ist jedoch, dass diese in letzter Zeit noch zunahmen. Denn die Risiken des Auseinanderdriftens von Grossstädten und Landregionen sind nicht zu unterschätzen.

Segregation entsteht etwa, wenn «progressive» Städter andere Meinungen nicht wahrnehmen oder höchstens abschätzig kommentieren. Man bleibt unter sich und bestärkt sich in seinen Überzeugungen. Die Vielfalt der Stadt – Lebensstile, Herkünfte, Berufe – geht verloren. Wenn noch die öffentliche Meinung mobilisiert wird für populistische Projekte, die nur kleinsten Minderheiten zugutekommen, verkommt städtische Toleranz zu kleinkariertem Milieudenken.[6]

Letztlich bleibt es dabei: So wie es Unterschiede gibt zwischen den Sprachregionen, den sozialen Schichten oder früher den Konfessionen, prägen auch die Unterschiede zwischen Grossstadt und Bergdorf unser Land. Die schweizerische Antwort auf diese Herausforderung ist unverändert und bewährt: Föderalismus und Gemeindeautonomie.

Den Spaltern keine Chance geben

Manche jammern über den «Flickenteppich» unterschiedlicher Regelungen. Doch es ist gerade die Autonomie von Kantonen und Gemeinden, die Verschiedenartigkeit ermöglicht. Freilich kann in einem dichtbesiedelten Land mit hoher Mobilität nicht alles überall anders geregelt sein. Manche Dinge verlangen nach Einheitlichkeit oder zumindest Koordination. Vieles hingegen erträgt es bestens, wenn Kantone und Gemeinden selbst entscheiden.

Leider geht die Tendenz eher in die entgegengesetzte Richtung: Man erklärt die eigenen Präferenzen für die anderen als ebenfalls verbindlich. Städter meinen, dass auch alle Dörfer eine Tagesschule brauchen; die Ländler wehren sich, wenn eine Stadt längere Ladenöffnungszeiten oder das kommunale Ausländerstimmrecht einführen will. Die Gemeindeautonomie würde eigentlich mehr Toleranz und damit mehr Freiräume für alle zulassen.

Zur Vielfalt der Schweiz gehört das Miteinander verschiedener Sprachen und Konfessionen und eben dasjenige von Stadt und Land. Es gibt keinen Grund, Stadt und Land gegeneinander aufzuhetzen und aus den – durchaus existierenden – Verschiedenartigkeiten politisches Kapital zu schlagen. Föderalismus und Subsidiarität ermöglichen es, Entscheidungen zu treffen, welche die Leute vor Ort für richtig und angemessen erachten. Wer im liberalen Geiste zudem Toleranz für andere Lebensstile und Meinungen pflegt, auch wenn es sich um Minderheiten handelt, gibt dem Stadt-Land-Konflikt letztlich keine Chance. ❮

---

[1] Bundesamt für Statistik und Schweizerischer Städteverband: Statistik der Schweizer Städte 2022. www.bfs.admin.ch/bfs/de/home.assetdetail.22364335.html

[2] sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2021/12/Stadt-Land-Monitor-2021.pdf

[3] www.blick.ch/politik/1-august-rede-von-svp-praesident-chiesa-im-faktencheck-fuettert-das-land-wirklich-die-stadt-durch-id16722073.html

[4] www.nzz.ch/wirtschaft/stadt-land-graben-wie-unterscheiden-sich-die-lebensumstaende-ld.1640308

[5] ksfd.ch/cmsfiles/fakten_stadt_land_sb_220713.pdf

[6] Ein Beispiel dafür ist die sogenannte «Klimagenossenschaft», die öffentliches Land an zentralster Lage in Zürich fordert, um für mehrere Hundert Personen CO_2-freies Wohnen zu günstigsten Preisen zu ermöglichen. Statt privates Kapital dafür zu beschaffen, soll dieses Experiment staatlich umgesetzt werden.

Beat Habegger
ist Zürcher Kantonsrat. Er präsidiert die kantonale Geschäftsprüfungskommission sowie die FDP Urban.

Mit Zuversicht in die Ökomoderne

Infrastrukturen sollten die grundlegenden Bedürfnisse möglichst umweltgerecht befriedigen. Da Menschen in grosser Zahl nicht im Einklang mit der Natur leben können, müssen wir uns von ihr entkoppeln.

von Peter Hettich

Technisch hochentwickelte und belastbare Infrastrukturen bilden die Lebensadern der heutigen Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Standen vor 200 Jahren Flussbegradigungen und der Bau von Eisenbahnen im Zentrum der kollektiven Anstrengungen, sind es heute Energieinfrastrukturen und Datennetze. Eine uneigentliche, aber wesentliche Infrastruktur bildet die Verfügbarkeit einer stabilen, das heisst vor allem wertbeständigen Währung. Die grosse Herausforderung einer Informationsgesellschaft besteht darin, die Infrastrukturen und die durch sie vermittelten Produkte und Dienstleistungen mit ihren Nutzern intelligent zu vernetzen.

Bau und Anpassung von Infrastrukturen sind Jahrhundertprojekte. Gute Infrastrukturen weisen eine lange Lebensdauer auf. Sie beruhen auf einer konzeptionellen Planung, die das Funktionieren des Systems in den Vordergrund stellt. Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit einer Infrastruktur, etwa einer Währung, baut sich über Jahrzehnte auf und kann in wenigen Monaten zerstört sein. Neue konzeptionelle Leitideen zu Infrastrukturen lassen sich aufgrund langer Vorlaufzeiten nicht schon morgen, sondern erst übermorgen realisieren. Entsprechend schwierig ist es, eine Prognose abzugeben, wie die europäischen Infrastrukturen des Jahres 2042 aussehen und wie sie sich entwickeln werden.

Gleichwohl sind bereits heute Veränderungstendenzen spürbar, Veränderungstendenzen, die auf unterschiedlichen Lehren beruhen, die aus den existenziellen Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts gezogen worden sein könnten. Diese Lehren lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen, die zwar eine ökologische Motivation gemeinsam haben, aber auf sehr unterschiedlichen Empfehlungen für die Politik beruhen. Namentlich Deutschland baut auf klassischen ökologischen Theorien auf, welche die Gesellschaft in ein harmonisches Verhältnis zur Natur setzen wollen, also vor allem den Verbrauch einschränken und ein arkadisches Leben im Einklang mit der Natur anstreben; der Jutesack, das Lastenfahrrad und die über basisdemokratische Mitwirkungsveranstaltungen geführte Wohnbaugenossenschaft sind die Symbole dieser ökosozialistischen Gesellschaft. Dagegen folgt die Schweiz des Jahres 2042 einem ökomodernen Konzept[1], das eine Entkopplung der menschlichen Tätigkeit von der Natur anstrebt. Eine solche Gesellschaft sucht auch nach technischen Lösungen zum Schutz und zur Entlastung der Natur: Sie sieht etwa in gentechnisch veränderten Pflanzen nicht primär einen Eingriff in die Natur, sondern eine Möglichkeit zur Reduktion von Pestiziden.

Günstige Energie als Fundament des Erfolgsmodells

Lassen wir uns auf ein kleines Gedankenexperiment ein: In 20 Jahren werden in unserem Land die Wälder, Weiden und Äcker ausschliesslich extensiv bewirtschaftet. Die Schweiz kann ihren Selbstversorgungsgrad dennoch halten und wird ihn künftig sogar ausbauen, da vertikale Farmen im städtischen Gebiet die Ausfälle der nunmehr rein biologischen traditionellen Landwirtschaft kompensieren. Dem fortschreitenden Verlust von Fruchtfolgeflächen und der stetigen Versiegelung weiterer Böden wird so Einhalt geboten. Die Schweiz kann deshalb schon in der zweiten Jahrhunderthälfte grössere, vormals intensiv bewirtschaftete Flächen der Natur entweder ganz zurückgeben oder zumindest im Dienst der Biodiversität pflegen und bewirtschaften. Eine bis in extremis vorangetriebene, aber mit Blick auf die Wohnqualität äusserst gelungene Verdichtung der Städte schafft die Grundlagen für die 10-Millionen-Schweiz, entlastet die Infrastrukturen im ländlichen Raum und ermöglicht mit intelligent geplanten Versorgungs- und Entsorgungssystemen die Schaffung weitgehend geschlossener Rohstoffkreisläufe.

Die fortschreitende Urbanisierung verändert auch das Mobilitätsverhalten. Zunehmend werden unterirdische Transportsysteme eingesetzt, die sowohl dem Güter- wie dem Personenverkehr dienen. Das Bedürfnis nach Individualverkehr ist zwar geringer geworden, aber nicht verschwunden: Es wird mit Hilfe elektrischer oder wasserstoffbasierter Antriebssysteme und zunehmend auch mit autonomen Luftfahrzeugen befriedigt. Wirtschaft und Staat arbeiten hocheffizient, dank leistungsstarker Kom-

munikationsnetze, dank im Überfluss verfügbarer Daten und dank einer digitalen Währung. Die Erkenntnis, dass eine ökologische Informationsgesellschaft nur mit stets verfügbarer und kostengünstiger Energie funktionieren kann, führt dazu, dass die Schweiz ihren stark wachsenden Energiebedarf mehr und mehr mit kleineren modularen Kernkraftwerken deckt.

Die weitere Erkenntnis, dass neue erneuerbare Energieerzeugungsanlagen teilweise stark in die Natur ausgreifen, kam für den erneut ausgestorbenen Bartgeier allerdings zu spät, und auch die in den 2020er-Jahren für den Bau eines Wasserkraftwerks überhastet überflutete Greina-Ebene ist leider für immer verloren. Schwer zu entfernende, im Waldboden eingelassene Betonfundamente einstiger Windkraftanlagen bilden die Zeitzeugen und Mahnmale einer zunächst fehlgeleiteten, dann aber glücklicherweise korrigierten Energie- und Infrastrukturpolitik.

Energiemangel, Verschuldung, soziale Konflikte

Andere europäische Länder wurden hingegen nach der Pandemie und der Energiekrise von falschen Prophetinnen und Propheten an renommierten Forschungsinstituten und Universitäten dazu verführt, ihre verbliebenen Kräfte für den Ausbau von Erzeugungskapazitäten in Wind und Sonne zu mobilisieren und Produktionsstätten von nichtregenerativer Energie konsequent und für immer vom Netz zu nehmen. Die nun verfügbaren Kapazitäten sind nicht mehr steuerbar; die deshalb benötigten Speicher mit hohen Wirkungsgraden und hoher Wirtschaftlichkeit bleiben derweil rar. Zusammenbrüche des Systems können zumeist verhindert werden, aber nur, indem auf der Nachfrageseite eingegriffen wird, das heisst, indem Stromverbraucher mehr oder weniger dosiert vom Netz genommen werden. Die Energiepreise sind wetterabhängig und darum vor allem im Winter sehr hoch. So führt die allgemeine Energiearmut in eine Deindustrialisierung und zu verfallenden Infrastrukturen. Mit dem Wegfall umfangreicher Produktionskapazitäten gehen auch Arbeitsplätze für qualifizierte Fachkräfte verloren. Da Kunstdünger und Pestizide nur mehr eingeschränkt verwendet werden dürfen, sinkt auch die landwirtschaftliche Produktion. Die alternativ verfügbaren genetisch veränderten Pflanzen, die robuster und damit ergiebiger wären, bleiben politisch unerwünscht.

Soziale Unruhen, bei denen militante Klimaaktivisten auf die verarmenden Schichten der Gesellschaft prallen, sind die Folge: Die Zustände werden von politischen Entscheidungsträgern als «Übergangsprobleme der laufenden Transformation in eine grüne und nachhaltige Wirtschaft» abgetan; die gesellschaftlichen Probleme und Spannungen werden deshalb mit einem weiteren Ausbau des Sozialstaates und mit staatlicher Industriepolitik teilweise aufgefangen.

Programmierbares Zentralbankgeld

Das kostet viel Geld, und der Staat muss sich noch stärker verschulden. Die formal nach wie vor unabhängige Zentralbank stellt ihre monetäre Infrastruktur «im Gesamtinteresse des Landes» ebenfalls in den Dienst der Staatsfinanzierung: Die digitale Währung «verbessert die Wirkung der Geldpolitik» und «erhöht die Steuergerechtigkeit», indem sie die Bargeldhortung unterbindet und die Kontrolle der Geldflüsse erlaubt. Die Bürger können aufgrund der nun beobachtbaren Geldflüsse weder der hohen Inflation noch den neuen Steuern ausweichen. Das programmierbare Zentralbankgeld erlaubt überdies die umfassende Kontrolle der Geldverwendung: Verbunden mit einem Social-Credit-System, welches das Verhalten des Individuums «durch intelligente Anreize gemeinwohlverträglicher macht», wird so das Konsumgebaren der Bürgerinnen und Bürger immer stärker gesteuert, «zur Förderung des sozial-ökologischen Ausgleichs».

Unsere Infrastrukturen sind die Frucht erheblicher kollektiver Anstrengungen. Sie stehen im Dienst der Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse: ausreichend Nahrung und sauberes Wasser, günstige und jederzeit verfügbare Elektrizität, ein wohlig warmes und trockenes Zuhause. Die Erfahrung zeigt, dass Menschen solche Bedürfnisse prioritär befriedigt haben wollen. Eine Politik, die diesem Umstand nicht jederzeit Rechnung trägt, wird die von ihr verfolgten ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele nicht erreichen, weil sie ihrer sozialen Akzeptanz verlustig geht. Die Herausforderung unserer Zeit liegt nicht darin, unsere Infrastrukturen umweltgerecht zu betreiben. Sie liegt vielmehr darin, unsere Infrastrukturen in einer Weise zu betreiben, dass sie unsere Bedürfnisse umweltgerecht befriedigen. ❮

[1] Zum Einstieg in diese Denkweise: «Ein ökomodernes Manifest», www.ecomodernism.org/deutsch.

Peter Hettich

ist Professor für öffentliches Wirtschaftsrecht an der Universität St. Gallen. Er forscht zu Regulierungsfragen, Wettbewerbsrecht sowie Energierecht und ist unter anderem Mitherausgeber und Autor des Buchs «Swiss Energy Governance» (Springer, 2022).